

V. i. S. d. P.: Bündnis 90 / Die Grünen, Heidemarie Sinn-Leyendecker,
Bahnstraße 50, 45468 Mülheim an der Ruhr

Wahlprogramm von
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Kreisverband Mülheim an der Ruhr

GRÜN

FÜR MÜLHEIM AN DER RUHR.
Kommunalwahlprogramm 2014 – 2020

Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen
Mülheim an der Ruhr
Bahnstraße 50
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 / 47 92 67
info@gruene-mh.de
<http://www.gruene-mh.de>

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



MEHR GRÜN FÜR MÜLHEIM

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



1. Mehr GRÜN für Mülheim	2
2. Ökologie Klimaschutz Umwelt-, Natur- & Tierschutz	5
3. Vielfältige & Solidarische Gesellschaft	19
4. Energiewende für Mülheim	37
5. Zukunft & Perspektiven für Jung und Alt	41
6. Zukunftsfähige Mobilität	47
7. Bildungspolitik als Fundament für Chancengleichheit	52
8. Nachhaltige und transparente Wirtschaft & solide Finanzen	60
9. Mülheim an der Ruhr - Kulturmetropole	64

1. MEHR GRÜN FÜR MÜLHEIM

Mit unserem zukunftsorientierten Programm wollen wir für ein zukunftsfähiges MÜLHEIM eintreten. Hierfür gilt es gemeinsam mit allen Bürger*innen einen Lebensstil für MORGEN zu entwickeln, der auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Verantwortung ausgerichtet ist.

**Lebensstil für
die Zukunft**

Die Mehrheit unserer Gesellschaft weiß: Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft müssen sich ökologisch nachhaltig entwickeln. Die Notwendigkeit wird immer dringender. Der Schutz von Mensch, Tier und Umwelt, der Erhalt unserer Lebensgrundlagen und die soziale Gerechtigkeit bilden für uns das Fundament des politischen Handelns.

**Ökologische
nachhaltige
Lebensweise**

Unsere Lebensgrundlagen sind durch unser derzeitiges Wirtschaften und unseren Lebensstil mit einem industriellen Raubbau, der sich gegen unsere Umwelt, gegen unsere Tiere und gegen uns Menschen richtet, massiv gefährdet.

Um das zu verändern brauchen wir eine gesellschaftliche Diskussion über unsere Werte, unsere Art zu leben und nachhaltig zu wirtschaften – der Entwurf eines Lebensstils, der sich auf Gerechtigkeit und Verantwortung gründet, für unsere Zukunft.

GLOBALES DENKEN, LOKALES HANDELN

Schutz von Mensch und Umwelt

Für uns Grüne steht fest, dass **lokales Handeln** immer im Zusammenhang mit den Auswirkungen auf die Natur, die Menschen vor Ort, aber auch in Hinblick auf die Menschen des gesamten Globus und auf die zukünftigen Generationen zu sehen ist.

Gerechtigkeit und Verantwortung

Was ist zu tun für das 21. Jahrhundert? Um die Ziele von Rio auf die lokale Tagesordnung zu bringen, ist der Agendaprozess in Gang gesetzt worden. Menschenrechtsfragen und Klimaschutz sind durch Willensakte des Rates zur Sache der Stadt Mülheim gemacht worden. Die Partizipation der Bevölkerung soll durch den Agendaprozess sichergestellt werden. Eine gemeinsame Lösungsfindung mit Politik, Verwaltung und Bürger*innen unserer Stadt bedarf immer wieder eines Motivationsschubs, um eine breite Beteiligung zu initiieren. Sowohl die Frage der Erhaltung der Umwelt, des Friedens, der Gerechtigkeit, des Klimaschutzes, der Artenvielfalt, der kulturellen und der politischen Teilhabe, der Teilhabe aller Geschlechter, aller Generationen und der globalen Gerechtigkeit sind ständig neu zu stellen.

Erhalt und Bewahrung unserer Schöpfung

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass der Agendaprozess ernster genommen wird. Er muss stärker mit dem Willensbildungsprozess durch Rat und Verwaltung verzahnt werden. Alle Entscheidungen in der Kommune sollen darauf überprüft werden, ob und wie Bürger*innenbeteiligung

hergestellt werden kann – und zwar vor dem endgültigen Beschluss! Die Auswirkungen auf die Umwelt, die soziale Gerechtigkeit und die zukünftigen Generationen dürfen nicht aus dem Blick verloren werden, denn ...wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt!

WAS HAT DASS ALLES MIT MÜLHEIM UND MIT UNS ZU TUN?

Jede Bürgerin und jeder Bürger kann seinen eigenen Lebensstil verändern und wir gemeinsam können unsere Stadt gestalten. Die Stadt der Bürger*innenmitbestimmung, eine Mitmachstadt der Teilhabe und Identifikation werden wir vorantreiben.

**Mitbestimmung,
Teilhabe und
Mitmachstadt**

Bürger*innenbeteiligung im Vorfeld von Projekten etablieren, mit allen Beteiligten frühzeitig in einen Dialog treten, das Bürgerliche Engagement mit einbeziehen und daraus politische Konzepte für Mülheim entwickeln, das ist für uns Mülheimer-GRÜNE eine große Herausforderung, für die wir uns in den nächsten sechs Jahren aktiv einsetzen wollen.

**Bürgerliches
Engagement**

MÜLHEIM 2020 – MEHR GRÜN FÜR MÜLHEIM

Der Gender-Star: Im Verlauf des Wahlprogrammes taucht immer wieder der Gender-Star* (etwa Bürger*innen) auf. Durch die enge Verknüpfung von Denkweise und Sprachverhalten, halten wir es für wichtig, dass sich unsere Werte auch in unseren Worten wieder finden. Da wir als Grüne eine vielfältige Gesellschaft fordern, ist für uns eine Sprache, die alle sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten miteinschließt von Bedeutung. Der Gender-Star* bildet nicht nur die männliche und weibliche Form ab, sondern schließt auch die Menschen ein die sich keinen der beiden Geschlechter zuordnen können oder wollen und ist daher für uns ein wichtiger Bestandteil lebendiger Sprache.

2. ÖKOLOGIE KLIMASCHUTZ UMWELT-, NATUR- & TIERSCHUTZ

Wir sind die ökologische Partei in Mülheim. Unser an der Ökologie ausgerichtetes Handeln stellt den Menschen und die Umwelt in den Mittelpunkt und verbindet die soziale und wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig miteinander.

Wir Menschen und unsere Umwelt sind durch das derzeitige Wirtschaften mit seinem industriellen Raubbau und profitorientierten Handeln gefährdet. Mülheims Ressourcen werden dabei in vielen kleinen und großen Maßnahmen zerstört – das ist sozial unverantwortlich und ökonomisch absurd. Denn wir entziehen uns selbst dabei unsere eigenen Grundlagen. Um das zu verhindern und zukunftsfähige nachhaltige Alternativen zu entwickeln und umzusetzen brauchen wir eine gesellschaftliche Diskussion über unsere Werte und unsere Art zu leben und zu wirtschaften.

Für soziale Verantwortung - Gegen lokale Ressourcenverschwendung

MENSCH UND UMWELT SCHÜTZEN UND ERHALTEN - UMWELTSCHUTZ IST AUCH GESUNDHEITSSCHUTZ

Grundsätze grüner Stadtplanung

Grüne Stadtplanung orientiert sich an den europäischen Grundsätzen einer Stadtkultur. Diese basieren auf ökologischen und sozialen Prinzipien und Leitbildern, die wir auch in Mülheim realisieren wollen. Dazu gehören die funktionale und räumliche Mischung von wohnen, arbeiten, Versorgung, Freizeit und Erholung. Dies bedeutet: die Zusammenführung und Berücksichtigung aller wichtigen Lebensfunktionen in ein Gesamtkonzept von Stadtplanung auch in

Bezug auf die einzelnen Stadtteile und Quartiere. Der Stadtteil, das Quartier, die Straße, das Haus sollen unverwechselbare Qualität besitzen. Historische Bausubstanz ist zu schützen und zu erhalten. Unansehnliche, unübersichtliche Räume (sog. Angsträume) sind zu beseitigen und neu zu planen. Wir wollen dabei **Mitsprache** der Bürger*innen in Entscheidungsprozesse und **Transparenz**.

Die Identifikation der Menschen mit ihrem Umfeld ist uns wichtig

Grüne Stadtplanung ist stadtklimagerecht, indem sie Grundsätze eines gesunden Innenstadtklimas beachtet und für konsequenten Freiraumschutz mit der Sicherung von klaren Siedlungsrändern eintritt. Hochwertige Natur-, Landschafts- und Erholungsräume sollen erhalten und sowohl ökologisch als auch für Naherholung weiter entwickelt werden (z. B. Rumbachtal mit Seitentälern, Hexbachtal, Ruhraue, Auberg, Ruhrhöhen einschließlich Forstbachtal etc.). Grüne Stadtplanung ist weiter **verkehrsmindernd**, indem sie getrennte Lebensbereiche wieder stärker miteinander vernetzen will. Hierzu gehört ein leistungsfähiger ÖPNV (Öffentlicher Nahverkehr). Sie ist ferner **energiesparend**, weil sie kompakte und ökologisch nachhaltige Bauweisen und erneuerbare Energienutzung vorantreibt. Grüne Stadtplanung ist **landschaftsschonend**, weil sie auf die Zersiedlung von landschaftlichen Außenbereichen verzichtet und der Entwicklung von Innenstadtbrachen und ehemaligen Gewerbeflä-

chen den Vorzug gibt, den ökologischen Landbau und Landschaftsschutz unter Einbeziehung der betroffenen Landwirte fördert.

NEUER AUFBRUCH NATURSCHUTZ

Die unverwechselbare Qualität von Mülheim an der Ruhr bietet die Lage der Stadt mitten im grünen Ruhrtal. Diese besondere Eigenschaft wollen wir herausstellen und die Beziehung von Innenstadt und Fluss stärker verdeutlichen. Dazu gehört auch die Schaffung von Grünflächen an vielen Standorten in der Stadtmitte.

Die Strecke der Rheinischen Bahn (Essen – Heißen - Innenstadt - Speldorf - Duisburg) wollen wir für eine städtebauliche Neugestaltung und die Schaffung einer Grünverbindung für Fuß- und Radverkehr nutzen.

Durch Um- und Rückbau des überdimensionierten Tourainer Rings werden große innerstädtische Flächen zurückgewonnen, die für attraktive neue Gebäude und Investoren zur Verfügung stehen. Sie bieten neue städtebauliche Chancen, um die Innenstadt attraktiver zu machen. Auf den Einsatz von Radverkehrsanlagen und eine großzügige Grüngestaltung werden wir dabei besonders achten.

Stärkung der
Natur- und Umwelt-
schutzverbände

Um- und Rückbau des
überdimensionierten
Tourainer Rings

GRÜNE STADT DER ZUKUNFT

Besonders wollen wir **die Innenstadt** als zentralen Stadtteil stärken. Sie soll nicht nur als Einkaufsort sondern auch als Wohn- und Arbeits- sowie Kultur- und Freizeitort wieder attraktiver werden, z.B. durch eine Öffnung und Gestaltung von Innenhöfen sowie durch die Anlage von Grün- und Aufenthaltsflächen.

Nachhaltige und alternative Lösungen mit einem zentralen Charakter für den „Kaufhof“ umsetzen.

Das Areal an der zentralen Haltestelle, das momentan vom Kaufhof-Gebäude belegt wird, ist sehr wichtig für die Dynamik der Innenstadt. Hier setzen wir uns für eine Lösung ein, die der Lage in der Stadtmitte wieder eine zentrale Bedeutung verschafft. Nachhaltige und alternative Lösungen sollen dem zentralen Charakter gerecht werden, die einer städtebaulichen sinnvollen Nutzung entspricht.

Wichtig ist uns dabei, dass die finanziellen Belastungen, die dadurch für die Stadt entstehen, nur die Höhe erreichen, die dieselben Nutzungen auch an anderer Stelle verursachen würden.

Da auch in Mülheim die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten weiter schrumpfen wird, ist ein **sparsamer und restriktiver Umgang mit Bauflächen** zugunsten des Natur- und Landschaftschutzes erforderlich. Auf die Bebauung von Flächen, die eine wichtige Rolle für die Naherholung und die Lebensqualität der Anwohner sowie für

Flächenentsiegelung und Rückbau von bau- lichen Leerständen

den Natur- und Landschaftsschutz spielen, ist zu verzichten. Aufgrund des Rückgangs der Bevölkerung sollten die Ausweisung von Bauflächen für Einfamilienhäuser im Außenbereich unterbleiben und der innerstädtische Umbau zugunsten von altengerechtem und barrierefreiem Wohnen vorangetrieben und modernisiert werden.

Wir setzen uns ein für die Erstellung des Katasters, aus dem Baulücken und leerstehende und veräußerbare Wohn- und Geschäftsgebäude zu erkennen sind. Außerdem wollen wir erreichen, dass ein **ökologischer Flächenausgleich für Neuversiegelungen zur Auflage bei Bebauungsmaßnahmen** gemacht wird. Wohnungsnahe Versorgungsstrukturen müssen wieder verbessert werden. Hier können Fördermittel des Landes genutzt werden.

Zur Innenstadtentwicklung gehört auch eine **Neugestaltung des Kirchenhügels**. Seit den fünfziger Jahren sind mehrere städtebauliche Gutachten und Wettbewerbe über das historische Zentrum unserer Stadt durchgeführt worden. Nichts davon ist umgesetzt worden. In die Neugestaltung sollte auch die Bachstraße einbezogen werden. Sie sollte autofreie Zone werden, damit die schönen Plätze den Bürger*innen wieder als Aufenthaltsort zur Verfügung stehen.

Die seit Mitte der 1970er-Jahre anhaltend niedrigen Geburtenziffern und die beständig steigende

Stadtentwicklung im Einklang mit der Bevölkerung

Lebenserwartung haben zu einer Veränderung des Größenverhältnisses zwischen den Generationen geführt. Der Anteil der unter 20-Jährigen an der Bevölkerung reduzierte sich zwischen 1960 und 2011 von 28,4 auf 18,2 Prozent. Parallel stieg der Anteil der Personen, die 60 Jahre und älter waren, von 17,4 auf 26,6 Prozent.

Das muss bei der zukünftigen Stadtplanung berücksichtigt werden.

GRUNDSÄTZE STÄDTISCHER BAUKULTUR

Das Quartier zwischen Delle, Ruhrstraße, Wertgasse und Friedrichstraße sollte dringend städtebaulich überarbeitet und als Wohn- und Aufenthaltsort zurückgewonnen werden. Erhalt und verbesserte Pflege von Grünflächen sind unseres Erachtens dringend erforderlich.

Die Anwendung ökologischer Gestaltungsgrundsätze in Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung, sowie die **Verwendung ökologischer und energiesparender Baumaterialien** wurde auf Initiative von BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN für alle städtischen Projekte beschlossen. Die konsequente Einhaltung dieser Beschlüsse werden wir weiter fordern.

Baudenkmäler sind unersetzliche Teile des geschichtlichen Erbes einer Stadt. Durch unser entschiedenes Eintreten für den Erhalt der Spuren

der Stadtgeschichte konnten wir in der Vergangenheit zur Rettung bedeutender Baudenkmäler beitragen. Der Ringlokschuppen einschließlich des Wasserturms Broich, das Straßenbahndepot Speldorf, der Raffelbergpark, die Papenbusch- und Salierstraßen-Siedlung sowie die Jugendstilhäuser an der Friedrich-Ebert-Straße sind dafür einige Beispiele. Grüne Politik wird darauf achten, dass diese Substanz erhalten bleibt und gepflegt wird.

Wir legen Wert auf eine hochwertige Gebäudegestaltung bei Neu- und Umbauten. Wir sagen: Schluss mit Vorhaben- und Entwicklungsprojekten von privaten Investoren bei öffentlichen Gebäuden. Die Klimaanalysen für die Stadt Mülheim, die u.a. von der BI-Frischlufte angestrengt worden sind, müssen bei allen zukünftigen Bauvorhaben zu Grunde gelegt werden.

FLUGPLATZ ESSEN/MÜLHEIM – UMSETZUNG DER BESCHLUSSLAGE

Der Beschluss des Ausstiegs ist 2010 im Rat der Stadt gefasst worden. Auch die zwei weiteren Gesellschafter, Land NRW und die Stadt Essen, haben entsprechende Beschlüsse gefasst. Die Beschlüsse für die Stilllegung des Flughafens sind umzusetzen.

Es werden die Subventionen weiter für eine Handvoll Privatflieger steigen. Auch die anvisier-

Reduzierung des Fluglärms – Unterstützung der BI gegen Fluglärm

ten Ausbaupläne zu einem „Satellitenflughafen“ führen nicht zu höherer Kostendeckung, sondern nur zu mehr Lärm. Besonders die Ausbauvorhaben polarisieren die Mülheimer Bevölkerung und die Politik seit Jahrzehnten. Durch den wachsenden Flugverkehr am Airport Düsseldorf ist der Fluglärm über Mülheim schon jetzt erheblich angestiegen und wird voraussichtlich weiter steigen. Die Wohn- und Lebensqualität würde durch die Ausweitung des Flugverkehrs erheblich herabgesetzt. Deshalb fordern wir die Umwandlung des Areals in eine gemischte Flächennutzung: ein Drittel für Gewerbe und zwei Drittel für den Landschafts- und Naturschutz. Dabei muss die Bebauung nach ökologischen Kriterien ausgerichtet sein. Dies ist eine Nutzung, die der exponierten Lage dieses Standortes, seiner verkehrlichen Anbindung, wirtschaftlichen sowie ökologischen Gesichtspunkten gerecht wird. Sportflieger und Luftschiffwerft haben jedoch noch langfristige Verträge, die nur unter Mitwirkung der Betroffenen in Frage gestellt werden können.

Mitbestimmung im -Dialogprozess

Hier gilt es eine neue Form des Dialogprozesses mit allen Beteiligten durchzuführen. Schon bei der Ideenfindung sollten alle Bürger*innen und Betroffenen an einen Tisch geholt werden um an einem ergebnisoffenen Dialogprozess beteiligt zu sein.

KLIMASCHUTZ LOKAL UMSETZEN – ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL

Klimaschutz und Klimaanpassung werden in Mülheim an der Ruhr derzeit hauptsächlich als Aufgabe des Dezernates Umwelt, Planen und Bauen betrachtet. In Ausschüssen finden kaum dezernatsübergreifende Fachberatungen statt. Dabei stellt der Klimawandel alle Dezernate und ihre Ämter vor eine Herausforderung. Durch die Zunahme der als belastend empfundenen Wettererscheinungen wie z.B. anhaltende Hitzeperioden, hohe Ozonwerte, Staubbelastungen etc. sind insbesondere Risikogruppen wie Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie alte Menschen betroffen, für die es gilt, Vorsorge zu treffen. Dies kann beispielsweise durch kostenlose Trinkwasserstationen in allen öffentlichen Einrichtungen und ausreichende Schattenplätze realisiert werden.

Ebenso müssen Bauleitplanungen unter Beachtung der Ausweisungsergebnisse der Frischluftentstehungsgebiete der städtischen Klimanalyse 2003 entwickelt werden, weil diese als wichtige Frischluftzuleitungen, funktionieren und die bestehenden Wärmeinseln in der Innenstadt durchlüften. Wenn es in einem Gesamtkonzept um Verbesserung der Luftqualität in Mülheim an der Ruhr geht, ist es dringend erforderlich, die Frisch- und Kaltluftzonen beizubehalten, sogar

Umwelt- und Klimaschutz ist auch Gesundheitsschutz

bessere Luftqualität ist bessere Lebensqualität

zu erweitern. Pkw- und Lkw-Verkehre verursachen nach wie vor erhebliche Luftschadstoffbelastungen in unserer Stadt. Diese wirken sich nachteilig auf die Gesundheit der betroffenen Bürgerinnen und Bürger aus und gefährden die Städte als Wohnstandorte.

Im Zusammenhang mit dem Klimaschutz werden wir uns dafür einsetzen, dass Ziele stets klar und anschaulich formuliert werden und die Maßnahmenplanung in sinnvolle und einzelne Arbeitsschritten gegliedert wird. Wir fordern eine abgestimmte Organisationsstruktur und eine kommunikative Leitidee: „Mülheim soll Grün bleiben“. Dies bedeutet Flächenschutz und ein ökologisches Verkehrskonzept, das auch den Namen verdient. Beispielsweise müssen Radwege auch solche bleiben und nicht als Parkplätze etc. genutzt werden. Wir sind für die Nutzung von Innenhöfen und Dachflächen für „Urban Gardening“, damit auch mehr Frischluft in der Innenstadt erzeugt wird. Wenn die Stadt für den Flächenverbrauch Geld einnimmt, sollte sie dies auch für den Flächengewinn ausgeben. Grünflächen können an Bürger*innen, die in der Innenstadt wohnen zwecks Gartennutzung vermietet werden.

MODERNE BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT – UMWELTSCHUTZ UND TIERSCHUTZ ERNST NEHMEN

Wie Lebensmittel entstehen und was das mit unserer Umwelt, unserer Landschaft und unserer Gesundheit macht, geht alle an. Wir alle sind Verbraucher*innen und wir leben in einer Umwelt, die überwiegend durch Land- und Forstwirtschaft geprägt wird. Sowohl in der landwirtschaftlichen Produktion, als auch in der Weiterverarbeitung unserer Lebensmittel läuft heute vieles nicht im Sinne gesunder Systeme. Die Intensivierung der Landwirtschaft bedroht unsere Ressourcen, Boden, Wasser und Biodiversität. Massentierhaltung und Antibiotikaeinsatz zeigen einen beängstigenden Verlust ethischer Maßstäbe im Profitwahn liberalisierter Märkte.

Fast ein Viertel der Mülheimer Stadtfläche wird landwirtschaftlich genutzt (23%). Große Teile der landwirtschaftlichen Flächen liegen in unmittelbarem Einzugsgebiet der Trinkwassergewinnung. Die Natur und Landschaft dient den Mülheimer Bürgern*innen als Naherholungsgebiet.

TIERSCHUTZ ERNSTNEHMEN – FÜR EINE ARTGERECHTE UND QUALFREIE TIERHALTUNG

In Mülheim-Ickten auf dem Staader Hof, in unmittelbarer Nähe zur Ruhr, soll ein bestehender Schweinemastbetrieb mit derzeit 660 Mast-

**Gesundheit von
Verbraucher*innen und
Umwelt schützen**

Gegen eine industrielle Massentierhaltung - für eine Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft

schweinen auf 2412 Mastschweine erweitert werden. Diese Vergrößerung bedingt unter Anderem umfangreiche bauliche Erweiterungen durch einen neuen Schweinestall für über 1750 Mastschweine, vier Futtersilos und die Abdeckung des schon vorhandenen Güllehochbehälters.

Hier werden Tiere gequält, mit Antibiotika vollgestopft und unter unsäglichen Bedingungen in Rekordzeit zur Schlachtreife gebracht.

Wir Grünen in Mülheim treten für einen wirkungsvollen Tierschutz ein, der in Zukunft eine Verbandsklage ermöglicht, für eine artgerechte und qualifreie Tierhaltung.

ZEITBOMBE IM TRINKWASSER

Grundwasser als Grundrecht – Trinkwasserversorgung retten

Gülle aus der Tierhaltung und Gärreste aus Biogasanlagen verunreinigen immer stärker das Grundwasser. Ein großes Problem dabei ist: Die Überdüngung, die heute stattfindet, wird sich erst in einigen Jahren im Grundwasser wiederfinden. Denn so lange braucht das belastete Wasser, um in die tiefliegenden Grundwasserleiter zu gelangen. Selbst wenn wir heute endlich strenge Maßnahmen ergreifen, ist in den kommenden Jahren noch mit steigenden Nitratwerten zu rechnen.

Die Immissionen durch Gestank und schädliche Keime (Bioaerosole), die Belastung unseres Trinkwassers durch die ausgebrachte Gülle mit

den Inhaltsstoffen wie Antibiotika, Hormonen und Toxinen (aus den Biogasanlagen) in unmittelbarer Nähe zur Ruhr (zwischen Essen Kettwig und Mülheim Mintard liegt das Trinkwassergewinnungsgebiet mit Tiefbrunnen zur Gewinnung von Trinkwasser aus dem Uferfiltrat) stellen eine erhebliche Belastung unserer Umwelt dar.

DIE ZUKUNFTSPERSPEKTIVE DER LANDWIRTSCHAFT IST GRÜN – ODER GAR NICHT

Landwirtschaft und Ernährung sind die Grünsten Themen überhaupt. Die einzige Partei, die hierzu konsequente, in sich stimmige und moderne Antworten und Ideen bietet, sind die Grünen. Wir bieten Alternativen zum Tunnelblick von industrieller Power-Produktion und Exportwahn, wir sind für ökologisches und tiergerechtes Wirtschaften in fairen, regionalen Kreisläufen.

Fair, lokal, Grün

3. VIELFÄLTIGE & SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Diversität als Chance

Wir sind eine vielfältige Gesellschaft, mit jungen und älteren Menschen, mit verschiedenen sexuellen Orientierungen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen unterschiedlichen Könnens und Wissens, die wir in den Gedanken der Inklusion einbeziehen werden.

Ob eine Stadt für die Zukunft gerüstet ist, zeigt sich auch daran, ob sich die Bürger*innen als eine Gemeinschaft verstehen. Das Gegenteil von Ausgrenzung ist die Inklusion. Alle Bevölkerungsgruppen müssen auf Augenhöhe über die gemeinsame Zukunft diskutieren können. Niemand wird ausgegrenzt.

INKLUSION

Bildung barrierefrei garantieren

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die UN-Mitgliedsstaaten 2008 dazu verpflichtet, Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Weniger die Verabschiedung der UN-Konvention selbst als vielmehr die Umsetzung dieser in die Landesgesetze der Bundesländer ist Auslöser für Diskussionen. Vor allem Artikel 24 (siehe Kapitel Bildungspolitik-Chancengleichheit) zur

inklusive Bildung führte zu emotionalen Debatten rund um das Thema Inklusion.

Wir Grüne stehen für die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene. Wir wollen die Ansprüche auf Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, auf gemeinsamen Schulbesuch (das gemeinsame Lernen in der inklusiven Schule), auf gleichberechtigten Zugang zu einem offenen Arbeitsmarkt realisieren. Hinter dem Begriff Inklusion verbirgt sich die Chance, dass alle Menschen mit oder ohne Behinderung gemeinsam am gesellschaftlichen Leben in Mülheim teilhaben.

Damit Inklusion in einer vielfältigen Gesellschaft gelingen kann, muss ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden. Inklusion muss ganzheitlich gedacht werden.

Barrierefreies Bauen und Begegnungen, um zwischenmenschliche Barrieren abzubauen, müssen in einem gemeinsamen Konzept die Rahmenbedingungen für Inklusion schaffen. Stadtplanung, Bildungs- und Kulturpolitik müssen an einem Strang ziehen. Wichtig für den Bereich Schule ist der gebundene Ganzttag (siehe Kapitel Bildungspolitik-Lebenslanges Lernen). Die Lehrkräfte benötigen neben den vom Land zur Verfügung gestellten Förderschulkräften ausreichend Schulsozialarbeiter*innen und Hilfspersonal. Im offenen Ganzttag muss den Erzieher*innen

Barrieren abbauen – Da draußen UND im Kopf

Gerechter Lohn für verantwortungsvolle Leistung

mindestens eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema Inklusion finanziert werden. Der Monatslohn von Erzieher*innen entspricht nicht ihrer tatsächlich erbrachten Leistung. Deswegen fordern wir eine Lohnerhöhung für Erzieher*innen, die wir mit den durch Inklusion gestiegenen Anforderungen an die beruflichen Kompetenzen begründen. Insgesamt stellen wir fest, dass der Beruf der Erzieher*innen von weiblichem Fachpersonal dominiert wird. Im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit möchten wir den Beruf auch für Männer attraktiver machen.

Männer in den Erzieherberuf

Die Schule als Raum des gemeinsamen Lernens muss mit den nötigen personellen, sachlichen und räumlichen Ressourcen ausgestattet werden, um das aus der UN-Behindertenrechtskonvention hervorgegangene Landesgesetz umsetzen zu können.

GERECHTIGKEIT

Schutz und Selbstschutz von Frauen

Wir sind für die Schaffung einer Fachberatung für Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution und den Ausbau kommunaler Netzwerke zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes. Alle Ermessensspielräume des Sozialamtes für Frauen in Notsituationen sind unbedingt zu nutzen. Wir wollen die Angebote von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen ausweiten.

Das Frauenhaus muss finanziell abgesichert werden. Wir müssen eine Zufluchtsstelle für Opfer von Zwangsheirat und Missbrauch an Mülheimer Schulen verankern. Wir wollen uns durch stadtweite Kampagnen gegen sexualisierte Darstellung von Frauenkörpern stark machen sowie eine Kampagne "Männer gegen Männergewalt" starten.

Wir halten die Erstellung eines differenzierten Mülheimer Arbeitslosenberichtes für notwendig. Wir wollen erreichen, dass die Hälfte der Ausbildungsplätze an Mädchen und junge Frauen vergeben werden. Wir wollen Künstler*innen fördern und uns für die geschlechtergerechte Vergabe von Preisen einsetzen. Die Stadtverwaltung soll für interessierte Mitarbeiter*innen Mentoring-Programme anbieten.

Wir wollen die Erweiterung der städtischen Vergabeordnung um die "betriebliche Frauenförderung" sowie die gleiche Beteiligung von Frauen in Gremien und in der Verwaltung in allen Entgelt- und Besoldungsgruppen. Auf unserem Plan steht ferner die Umsetzung der geschlechtergerechten Erziehungs- und Bildungsarbeit laut Kibiz. Die kommunale Gleichstellungsbeauftragte wollen wir unterstützen.

Geschlechter-gerechte Verteilung im Beruf

VIELFALT

Außerdem halten wir die Schaffung von Antidiskriminierungsstellen in Betrieben und Stadt-

Aufheben der Geschlechterdiskriminierung

verwaltung für sinnvoll. Die Ziele des Gender-Mainstreamings und -Budgetings sind endlich umzusetzen. **Gender Mainstreaming** ist die Methode, mit der konsequent alle Maßnahmen und politische sowie wirtschaftliche Entscheidungen daran gemessen werden, ob sie zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und damit zu mehr Demokratie führen. Das bedeutet, dass grundsätzlich bei jeder Entscheidung danach zu fragen ist, wie sich Maßnahmen auf die Geschlechter auswirken. Die Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung muss zum durchgängigen Leitprinzip des Handelns in jedem Ressort innerhalb der Stadtverwaltung werden. Auch wenn öffentliche Gelder ausgegeben werden, muss das Geschlechterverhältnis beachtet werden. Dazu muss bekannt sein, ob und wie sich Investitionen oder Kürzungen in bestimmten Bereichen auf einzelne Geschlechter auswirken. Deshalb soll die Haushalts- und Finanzpolitik der Stadt Mülheim dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet werden. Dieser Ansatz des **Gender-Budgeting** soll dafür sorgen, dass die finanziellen Ressourcen gerecht verteilt werden.

Aufheben von ethnischer Diskriminierung und Abbau von Vorurteilen

Wir Grünen stehen für eine Kultur des Respekts vor den kulturellen Unterschieden in unserer Stadt und für ein friedliches Zusammenleben. Kulturelle Unterschiede begreifen wir als Chance, nicht als Hindernis. Integrationsarbeit ist als wechselseitiger Prozess zu verstehen. Es gilt

nicht nur Integrationshemmnisse bei Migrantinnen und Migranten abzubauen. Wir möchten auch die Integrationsfähigkeit von Deutschen fördern. Es gilt, bestehende Strukturen so weit zu öffnen, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen in diesen wieder finden und fort repräsentiert werden können. Integrationsarbeit ist darüber hinaus als Querschnittsaufgabe aller Bereiche der Kommunalpolitik zu verstehen. Die Gesellschaft ist **vielfältig!** Wir setzen uns für eine verstärkte Partizipation und **Teilhabe** aller Menschen am gesellschaftlichen Leben in dieser Stadt ein. Wir fördern, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Fraktionen, Rat und Ausschüssen tätig sind, und am politischen Leben teilhaben. Der Ausschluss von Nicht-EU-Bürgern von den Kommunalwahlen ist ein Anachronismus, der gegen Integration und Gleichheit spricht. Wir werden auf die Verbesserung des interkulturellen Dialogs und der interkulturellen Kompetenz hinarbeiten und am interkulturellen Leitbild der Stadt mitwirken.

Wir wollen Schutz und Menschenwürde für Flüchtlinge und auch für diejenigen gewährleisten, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Wir werden uns jedem Ansatz von rassistischen und diskriminierenden Tendenzen entgegenstellen. Deshalb arbeiten wir mit den uns zur Verfügung stehenden Netzwerken aktiv gegen Diskriminierung auf allen Ebenen zusammen.

Beteiligung von Nicht-EU-Bürgern in der Politik stärken

Stadtteilentwicklung mit Bürgerbeteiligung

Wir wollen alle Bewohner*innen besser in die Stadtentwicklungsprozesse und Stadtteilplanung einbeziehen und so erreichen, dass verschiedene Sichtweisen zusammenkommen und miteinander ein produktives Ganzes bilden.

Wir wollen eine auf Inklusion ausgerichtete Schulpolitik mit dem Fokus auf individueller Förderung und Chancengleichheit. Wir unterstützen die flächendeckende Förderung in der deutschen Sprache. Vorhandene Kompetenzen sollen anerkannt und gefördert werden.

Wir berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse der ersten Einwanderungsgeneration und setzen uns für entsprechende Unterstützungsangebote sowie Alltagshilfen ein.

Anerkennung von ausländischen Abschlüssen

Vor dem Hintergrund des deutschlandweiten Fachkräftemangels müssen vor allem Migrant*innen als Wirtschaftsfaktor ernst genommen werden. In diesem Zusammenhang sind wir für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Berufsausbildungs-, sowie Studienabschlüssen.

Die Unterstützung und Information von Existenzgründer*innen und Unternehmer*innen mit Migrationshintergrund ist ausdrücklich Aufgabe unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Wir wollen, dass auch Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine faire Chance geboten wird.

Wir wollen die Anstrengungen verstärken, Jugendliche zu erreichen, sie weiter zu qualifizieren und ihnen Perspektiven zu bieten.

Wir wollen, dass bedarfsgerecht Pflegedienstleistungen und kultursensible Plätze in Altenheimen für Migrant*innen eingerichtet werden. Es ist uns wichtig, dass interkulturell geschultes und kompetentes Fachpersonal eingesetzt wird.

Wir fordern eine aktive integrative Wohnungspolitik der Stadt, um Gettoisierung in einzelnen Stadtteilen entgegenzuwirken.

Wir werden uns weiterhin für eine menschenwürdige und dezentrale Unterbringungen der Flüchtlinge in Wohnungen einsetzen. Flüchtlinge sind unseres Erachtens umgehend in die Gesellschaft einzubeziehen. Ihnen sind Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten und sie sind entsprechend zu motivieren. Die Stadt muss z.B. in Sprachkurse investieren.

Wir werden die Arbeit der Härtefallkommission auch weiterhin positiv unterstützen. Wir setzen uns für die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle ein. Wir werden die kontinuierliche umfassende Berichterstattung der Verwaltung zur Integration einfordern, um auf Entwicklungen und spezielle Probleme reagieren zu können.

Wir Grünen wollen eine Gesellschaft, die durch Toleranz und Akzeptanz gekennzeichnet ist. Wir

**Kultursensible
Pflegeeinrichtungen**

**Menschenwürdige
Unterbringung von
Flüchtlingen**

Antidiskriminierungsstelle

wollen, dass Frauen und Mädchen sich gefahrlos an allen Orten der Stadt aufhalten können, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Intersexuelle keine Diskriminierungen erleben, dass Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt mitreden und teilhaben können, dass Jugendliche tatsächlich mitbestimmen dürfen, dass Kinder genügend Spielräume haben und alte Menschen nicht ausgegrenzt werden.

Wir Grünen sind überzeugt davon, dass das Prinzip der Vielfalt in allen Bereichen, also auch in der Politik, verankert werden muss. Wir wollen an den vielfältigen Fähigkeiten der Menschen ansetzen, damit sich alle individuell entwickeln und ihr Leben entsprechend gestalten können. Wir wollen erreichen, dass die Vielfalt in unserer Stadt anerkannt, sichtbar gemacht und befördert wird. Hierzu werden die Grünen einen Runden Tisch Vielfalt einrichten, der gemeinsam mit verschiedenen Vereinen und Initiativen einen Aktionsplan für **Vielfalt** erarbeiten soll. Hiermit soll Diskriminierungen entgegengewirkt und die Teilhabe aller Bürger*innen am gesellschaftlichen Leben in Mülheim gefördert werden.

QUEER IN MÜLHEIM

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transidente und intersexuelle Menschen (LSBTTI) stellen keine Randgruppe dar, sondern sind ein

wesentlicher Teil der Gesellschaft. Allerdings sehen Sie sich auch heute noch mit alltäglichen Diskriminierungen konfrontiert. Schimpfwörter wie "schwule Sau" dürfen auf unseren Schulhöfen nicht weiter wie selbstverständlich an der Tagesordnung sein.

Queer-Rechte stärken

Die GRÜNEN sehen es als Aufgabe von Kommunalpolitik an, ein Umfeld zu schaffen, in dem LSBTTI offen, selbstbewusst und gleichberechtigt leben können. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Queer als Querschnittsaufgabe in der Kommunalpolitik mit zu denken und im Dialog mit den bestehenden Selbsthilfe- und Beratungsstellen frühzeitig zu erkennen, welche Probleme und Bedarfe vorhanden sind, um die nötigen Maßnahmen treffen zu können.

Problemen vorbeugen

Die Arbeit der Beratungszentren wie z.B. das together, der Selbsthilfegruppen, der schwul-lesbischen Selbstorganisation der Altenarbeit und der schwul-lesbischen Jugendarbeit mit der dazugehörigen Beratungs- und Präventionsarbeit an Schulen etc. leistet eine innovative und unverzichtbare Arbeit in der Präventions- und Gleichstellungsarbeit. Diese Arbeit werden wir stärken und weiter fördern.

Anlaufstellen fördern

SOZIALPOLITIK

Grüne Sozialpolitik ist von einem ganz wesentlichen Grundsatz geprägt: Alle Menschen sollen so

Partizipation und Teilhabe

selbstbestimmt wie möglich leben können. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass niemand ausgegrenzt wird und alle Menschen Zugang zu unserer Gesellschaft haben. Partizipation und Teilhabe sind Leitgedanken unserer Politik. Wir wollen ein städtisches Leben, das durch Solidarität, Toleranz und Vielfalt geprägt ist und von allen Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitgestaltet werden kann.

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir perspektivisch den Mülheimpass erweitern. Das Sozialticket für den ÖPNV muss für alle erschwinglich werden, dafür wollen wir uns im VRR einsetzen. Der Preis von z. Zt. 29,90 Euro liegt deutlich über dem im Hartz IV-Satz für Mobilität enthaltenen Betrag von ca. 23 Euro.

Fördermittel für Kinder und Jugendliche besser verteilen und leichter zugänglich machen

Ärmeren Kindern und Jugendlichen wollen wir den Zugang zu Sportvereinen, Musikschulen und anderen außerschulischen Lern- und Förderangeboten erleichtern. Die Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket reichen nicht aus und sind durch hohe bürokratische Hürden nicht für alle Kinder erreichbar. Die Stadt Mülheim ist bei den Bewilligungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket führend im Ruhrgebiet. Da die Zuweisungen aus diesem Topf für alle Kommunen einheitlich gekürzt wurden, wird Mülheim möglicherweise weniger Geld erhalten, als ausgegeben werden muss. Dies ist im höchsten Maße ungerecht, wir fordern das Land auf, die Mittel nach

dem Anteil der Ausgaben an die Kommunen weiterzuleiten.

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets gab es Gelder für die zusätzliche Sozialarbeit in Schulen. Die ersten Stellen werden zum Anfang des Jahres 2015 bereits auslaufen. Wir Grünen setzen uns für die Weiterführung dieser Arbeit ein.

**Zusätzliche
Sozialarbeit in
Schulen fördern**

In den Haushaltsberatungen wurden weitere Kürzungen in den Bereichen Wohnungslosenbetreuung, Drogenberatung und Betreuung von Flüchtlingskindern geplant. Die Grundlage dafür ist bereits ein zum Haushalt 2013 mit den Stimmen der SPD und der CDU gefasster Beschluss. Diese Kürzung lehnen wir ab, wir wollen nicht auf Kosten der Ärmsten die vorhandenen Haushaltslöcher zu stopfen.

**Keine Kürzungen
bei den sozial
Schwächsten**

BEZAHLBARE ENERGIEPREISE

Angesichts der Energiepreisentwicklung ist in Mülheim die Zahl der von Energiearmut Betroffenen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.

Energiearmut ist erfahrungsgemäß eng verknüpft mit Einkommensarmut.

**Energieversorgung
muss bezahlbar sein**

Um diesen Betroffenen ein Dasein mit existentieller Energieversorgung zu ermöglichen, bedarf es einer ressortübergreifenden politischen Strategie, sowie eines zielgruppengerechten Maßnahmenportfolios. Die Grünen in Mülheim setzen

sich für die Einrichtung eines niedrigschwelligen Beratungsangebotes sowie ein verbraucherorientiertes Forderungsmanagement des lokalen Energieversorgers bis hin zu einem Förderprogramm zum Austausch von ineffizienten Elektrogeräten ein!

GRUNDSICHERUNG BEI ERWERBSLOSIGKEIT MUSS BÜRGERRECHTE WAHREN

Grundsicherung für Erwerbslose zur Erhaltung der Bürgerrechte

Wir wollen Qualifikation und nachhaltige Integration fördern, statt Menschen zu Niedriglöhnen in kurzfristige Beschäftigung abzudrängen. Wir können vor Ort die Hartz IV-Regelungen nicht außer Kraft setzen, aber wir wollen den gesetzlich möglichen Gestaltungsspielraum in der Optionskommune soweit wie möglich dafür nutzen, dass die Leistungen zur Grundsicherung und Arbeitsmarktintegration den betroffenen Menschen gerecht werden. Dazu ist eine unabhängige Sozialberatung wichtig, damit die sozialen Bürgerrechte nicht im Behörden- und Paragrafendickicht auf der Strecke bleiben. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt des Mülheimer Arbeitslosenzentrums (MALZ) ein.

Im Bereich der beschäftigungsfördernden Maßnahmen ist in den vergangenen Jahren von der Bundesregierung immer weiter gekürzt worden, obwohl die Lage der Langzeitarbeitslosen nicht besser geworden ist. Wir wollen, dass die Stadt

Mülheim sich weiter aktiv für eine Beschäftigung auch dieser Menschen einsetzt.

GESUND LEBEN UND GESUND BLEIBEN

Ähnlich wie bei den Bildungschancen entscheiden Einkommen und soziale Herkunft über die Gesundheitschancen. Das belegen die Schuleingangsuntersuchungen, die einen deutlichen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der gesundheitlichen Lage der Kinder aufzeigen.

Die kommunalen Mittel zur Gesundheitsförderung reichen nicht aus. Gute Ansätze sind die Familienhebammen und die Gesundheits- und Bewegungsförderung in den Kindertageseinrichtungen.

Wir wollen deshalb die Gesundheitsförderung für Menschen aus schwierigen sozialen Lagen wieder zur Regelaufgabe kommunaler Gesundheitspolitik machen und mit einem festen Etatansatz versehen. Ein verbindliches Handlungsprogramm zur Gesundheitsförderung mit nachhaltbaren Zielen soll dazu beitragen, dass Menschen aller Altersgruppen und unabhängig von ihrer Herkunft ihre Gesundheitsrisiken senken können.

Auch in Mülheim besteht noch ein erhebliches Defizite in der psycho-sozialen Versorgung. Handlungsbedarf besteht u.a. beim Ausbau des ambulanten Angebotes, des Krisennotdienstes und der Tagesbegleitung. Insbesondere müssen

**Gesundheitsfördernde
Programme für sozial
Benachteiligte**

Ausbau der psychosozialen Versorgung

die Angebote für Kinder und Jugendliche verbessert werden. Hierzu gehört auch eine stärkere Koordination mit der Jugendhilfe. Ebenso müssen weitere flexiblere Angebote für Menschen mit psychischen Problemen insbesondere auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden, die dem individuellen Leistungsvermögen entsprechen.

Für Senior*innen gibt es vor allem im Bereich geronto-psychiatrische Versorgung großen Handlungsbedarf. Es fehlt auch an Angeboten für Demenzkranke und ihre Angehörigen. Wir setzen uns deshalb verstärkt für mehr Angebote wie Selbsthilfetreffen, Gesprächskreise, Begegnungscafés, Projekte, tagesstrukturierende Angebote, häusliche Unterstützungsdienste und Runde Tische ein und wollen neu zu schaffende und vorhandene Gruppen trägerübergreifend vernetzen.

HILFE ZUR SELBSTHILFE STÄRKEN

Den durch viel ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe getragenen Angeboten zur Unterstützung und Begleitung von Menschen in Krisensituationen, in der Hospizarbeit und in der gesundheitlichen Selbsthilfe wollen wir durch eine nachhaltige Förderstruktur Rechnung tragen. Aber Selbsthilfe kann und soll nach wie vor professionelle Hilfe und Beratung nicht ersetzen, sondern ergänzen. Deshalb braucht das bereits bestehende und vielfältige Netz sozialer

Finanzielle Absicherung von Selbsthilfe

und gesundheitlicher Angebote und Hilfen klare finanzielle Zusagen und darf nicht Kürzungen ausgesetzt werden. Suchtprävention sowie die Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung bleiben wichtige Aufgaben und dürfen nicht zurückgefahren werden. Auch die Aidsberatung muss weiterhin über Kooperationen mit der Aids-hilfe Oberhausen und den Kommunalen Angeboten wichtiger Bestandteil der Gesundheitspolitik bleiben.

Dabei müssen die Tätigkeiten, die nicht durch die Stadt, sondern von Wohlfahrtsverbänden oder Initiativen übernommen werden, auskömmlich finanziert werden. Die regelmäßige Übernahme von Tarifsteigerungen muss nicht nur bei städtischen Mitarbeiter*innen eine Selbstverständlichkeit sein.

MÜLHEIM SOLL BARRIEREFREI WERDEN

Selbstbestimmt leben und soviel Eigenständigkeit wie möglich - andere Lebensentwürfe müssen trotz Behinderung möglich sein. Dies muss selbstverständlich auch für Menschen mit besonders hohem Unterstützungsbedarf gelten, denn der Anspruch auf Teilhabe ist unteilbar. Wir Grünen wollen diesem Anspruch durch konkrete politische Schritte noch mehr Geltung verschaffen und insbesondere auch das Wunsch- und Wahlrecht für behinderte Menschen ernst nehmen. Dabei können wir auf ein gutes, unter Mitwirkung

**Initiativen benötigen
ebenso finanzielle
Absicherungen**

**Investitionen in
behindertengerechte
Einrichtungen**

der Behindertenverbände formuliertes Handlungsprogramm zurückgreifen. Es gilt jedoch, die dafür notwendigen finanziellen Mittel auch bereitzustellen und nicht immer wieder mit Hinweis auf knappe Kassen hintenan zu stellen.

Hoch- und Tiefbau barrierefrei planen

In einer älter werdenden Gesellschaft ist Barrierefreiheit eine grundlegende Notwendigkeit. Wir wollen deshalb, dass die Stadt Mülheim im Hoch- und Tiefbaubereich barrierefrei baut bzw. umbaut. In städtischen Gebäuden müssen sowohl der Kund*innenbereich als auch der Mitarbeiter*innenbereich barrierefrei sein. Unterstützende Techniken für hörbehinderte und für sehbehinderte Menschen sollen mit geplant werden. Auch öffentlich zugängliche Räume wie die Praxen von Ärzt*innen, Gaststätten etc. müssen möglichst schnell barrierefrei werden.

Barrierefreies Wohnen

Das Angebot an barrierefreien Wohnungen muss auch in den nächsten Jahren deutlich erweitert und das selbständige unterstützte Wohnen als Alternative zum Leben im Heim ausgebaut werden. Hierzu gehören auch Unterstützungs- und Beratungsangebote für Menschen mit Behinderungen, die selbständig oder noch in ihren Familien leben.

Ausbau ÖPNV

Die Beteiligung aller Menschen am Öffentlichen Personen-Nahverkehr muss gewährleistet sein. Das bedeutet eine rasche weitere Anpassung von Haltestellen, gleichzeitig soll der Behindertenfahrtendienst als Nachteilsausgleich wieder kos-

tenfrei genutzt werden können. Wir wollen durch konkrete Zielvereinbarungen die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und im ÖPNV in nachhaltbaren Schritten verbessern.

Wichtige Informationen der Stadt sollen über das gesetzlich vorgeschriebene hinaus sowohl in blindenlesbarer Form vorgehalten werden als auch in Leichter Sprache und auf Gebärdensprachvideos. Für die kulturelle Teilhabe von gehörlosen Menschen sollte in der Selbsthilfeförderung über die Stiftungen ein Fonds ausgewiesen werden, der z. B. Kosten für Gebärdensprachdolmetscher übernimmt. Dieser Fond könnte in die Selbstverwaltung der betreffenden Vereine gelegt werden.

Die Stadt soll durch gezielte Modellprojekte neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze für behinderte Menschen fördern.

LOKALE CANNABISPOLITIK

Des Weiteren begrüßen wir den Vorstoß von Friedrichshain-Kreuzberg, aus Gründen des Jugendschutzes und um Konsument*innen vor Kriminalität und Streckmitteln zu schützen, zur Einrichtung einer öffentlichen, kontrollierten Verkaufsstelle für Cannabis. Sollte dieser Vorstoß dort Erfolg haben, fordern wir, dass die Stadt Mülheim an der Ruhr nachzieht und ebenfalls versucht, den ausufernden Schwarzmarkt durch kontrollierten, öffentlichen Cannabisverkauf an volljährige Menschen, einzudämmen.

**Barrierefreiheit nicht
nur für Geh-Behinderte**

4. ENERGIEWENDE FÜR MÜLHEIM

**Energieeinsparung,
Energieeffizienz,
erneuerbare Energien**

Wir sind für einen Energiemix aus erneuerbaren Energien, passend zu Mülheim – ohne Fracking, Kohle und Atom. Die Energiewende ist eine riesige Chance, beim Klimaschutz ernst zu machen, die Atomkraft abzuschalten und die Produktion von Strom und Wärme aus fossilen Brennstoffen mittelfristig zu beenden. Dabei geht es nicht nur um die Stromerzeugung und den Stromverbrauch, sondern um alle Energien. Energieeffizienz und erneuerbare Energien ermöglichen eine dezentrale und lokale Energieerzeugung, sowie deren Nutzung und schaffen neue hochwertige Arbeitsplätze. Die dezentrale Energieerzeugung und Verteilung muss in kommunale Hände und wird damit zu einer „demokratischen“ Energieversorgung, die das Monopol insbesondere der großen Energiekonzerne brechen kann. **Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energien** – das ist die Reihenfolge für eine erfolgreiche Energiewende.

**dezentrale
Energieerzeugung und
Verteilung muss in
kommunale Hände**

Mülheim liegt nicht an der Küste und auch nicht südlich des 50. Breitengrades. Somit wird es nicht EINE erneuerbare Energiequelle geben, vielmehr liegt die Lösung in der Vielfalt der möglichen Maßnahmen und Lösungsmöglichkeiten. Wind und Sonne, Erdwärme und BHKW's, Wasserkraft, Biogas, Wärmerückgewinnung aus Abwasserkanälen und Industrieanlagen stellen einen Ener-

giecocktail dar, welcher intelligent erschlossen und genutzt werden kann. Hierfür sind moderne Strom- und Kommunikationsnetze, und zwar die sog. Smart Grids erforderlich.

Energetische Sanierung, Baupflicht für Solaranlagen, Forcieren von Solar-50-Siedlung, Passivhäuser und Plusenergiehäuser als Leuchtturmprojekte und Umsetzung in Planungsrecht.

Die Industrie- und Gewerbebetriebe in Mülheim benötigen je nach Auftragslage Energie in einer Größenordnung von fast 2.000 GWh, dies entspricht fast einem Gesamtverbrauch von 35% in Mülheim. Die von einigen Betrieben produzierte Abwärme wird derzeit kaum genutzt. Es gibt zahlreiche wirtschaftsorientierte Klimaschutzprogramme wie Ökoprotit und ADAPTUS. Wir fordern, dass die Wirtschaftsförderung sich dieser Aufgabe intensiv annimmt, damit es tatsächlich gelingen kann, die Mülheimer -Emissionen zu senken. Energie zu sparen und eigene Energie zu nutzen liegt auch im Interesse der Mülheimer Unternehmen.

Industrielle Abwärme nutzen

Seit drei Jahren haben wir in Deutschland sinkende Stromerzeugungspreise. Und wir wollen endlich, dass diese Preissenkung auch bei den Verbraucher*innen ankommt. Ökostromanbieter wie Lichtblick aus Hamburg senken trotz der EEG-Umlage in 2014 ihren Strompreis. Wir wollen das bei unseren lokalen regionalen Stromanbietern möglich machen.

**NO Fracking
in Mülheim
- Unterstützung des
Aktionsbündnisses**

Die Fracking-Technologie wird bei der Förderung von sog. unkonventionellem Erdgas eingesetzt. Das Erdgas wird dabei aus dichten Gesteinsschichten wie Kohleflözen, Sandstein (Tight-Gas) oder Tonsteinen (Schiefergas) gefördert. Dabei wird unter hohem Druck ein Gemisch aus Wasser, Quarzsand und teils giftiger Chemikalien in eine Horizontalbohrung gepresst. In Niedersachsen wurde das Fracking-Verfahren bereits häufig angewendet. Im Laufe der vergangenen drei Jahre, haben sich Erdgaskonzerne viele weitere Aufsuchungslizenzen in ganz Deutschland gesichert. Die Firma Wintershall hat sich bereits ein sog. Aufsuchungsfeld entlang des Ruhrverlaufs vom Sauerland bis an die holländische Grenze gesichert.

Es soll kein Fracking auf dem Mülheimer Stadtgebiet und kein Fracking im Ruhrtal geben. Wir unterstützen das Aktionsbündnis „No Fracking in Mülheim an der Ruhr“.

**Rekommunalisierung
und Demokratisierung
der Energieerzeugung -
Bürgerenergiewende**

Fracking birgt große Gefahren und Risiken für unser Trinkwasser und die Umwelt. Es führt zu erheblichen Umweltauswirkungen. Die Gefahren sind vor allem Folgende: Trinkwasserverunreinigungen, hoher Flächenverbrauch, hohes Aufkommen an Schwerlastverkehr, hohe Belastung der Anwohner durch Lärm und Schadstoffemissionen, leichte bis mittlere Erdbeben sowie Schäden durch die unsachgemäße Entsorgung

von giftigen Abwässern. Darüber hinaus ist auch die Klimabilanz von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten laut verschiedenen Studien schlechter als die von konventionell gefördertem Gas. Verschiedene Gutachten, unter anderem vom Umweltbundesamt und von der Landesregierung NRW, haben diese Gefahren mittlerweile bestätigt. Insbesondere wird Geothermie und Grubenwassernutzung durch dieses Verfahren unmöglich gemacht.

Wir Grünen stehen für eine Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze und für einen Ausbau der M.E.D.L. hin zu einem Stadtwerk. Gleichermaßen unterstützen wir die Gründung und den Aufbau einer Bürgerenergiegenossenschaft zur Demokratisierung der Energieerzeugung. Damit wollen wir ökologische, bürgernahe und soziale Energiedienstleistungen vor Ort ermöglichen, um damit eine kommunale Wertschöpfung zu erreichen. Hierbei muss die Eigenstromnutzung bei städtischen Immobilien als ein Strukturelement stark forciert werden.

Energie muss bezahlbar sein. Hierfür fordern wir unter anderem eine transparentere Darstellung der Energiepreisgestaltung der MEDL.

Unser Erfolg bei der Energiewende kann ein hoffnungsvolles Signal für den Klimaschutz weltweit sein. Lassen wir uns dies nicht von der großen Koalition aus der Hand nehmen.

Wir unterstützen die Klimaziele der Klimaschutzinitiative der Stadt Mülheim

5. ZUKUNFT & PERSPEKTIVEN FÜR JUNG UND ALT

Generationen- gerechte Politik

In welcher Gesellschaft wollen wir mit einander leben und wollen wir alt werden? Diese Frage bewegt auch angesichts des vielzitierten demographischen Wandels viele Menschen. Und viele Menschen haben viele unterschiedliche Antworten auf derart komplexe Fragen.

Wir Grünen sind überzeugt davon, dass das Prinzip der Vielfalt in politischen Institutionen verankert werden muss. Jung und Alt sollen gleichermaßen an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben und mitbestimmen können. Wir wollen erreichen, dass die Vielfalt in unserer Stadt anerkannt, sichtbar und als Chance genutzt wird.

Wichtig dafür ist, dass wir die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen kennen. Deshalb sind wir Grüne davon überzeugt, dass es wichtig ist, diese immer wieder zu erfragen und zum Ausgangspunkt allen Handelns zu machen. Dazu gehört auch, nicht für sondern gemeinsam mit den Menschen Perspektiven zu entwickeln und für ihre Umsetzung zu sorgen. Wir wollen an den vielfältigen Kompetenzen der Menschen ansetzen, damit sich alle individuell einbringen und ihr Leben entsprechend gestalten können.

Was wir aus vielen Umfragen sicher wissen, ist, dass sich die meisten Menschen ein möglichst langes und selbstbestimmtes Leben im vertrauten Stadtteil sowie eine wohnortnahe Unterstützung besonders bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit wünschen.

Selbstbestimmt im hohen Alter

Deshalb setzen wir Grüne uns für eine flächendeckende altersgerechte und inklusive Quartiersentwicklung in Mülheim an der Ruhr ein. Sie fördert positive Beziehungen zwischen den Generationen und trägt zur Verringerung sozialer Folgekosten durch wohnortnahe Prävention und Stärkung der haushaltsnahen Versorgung bei.

Die im Masterplan altengerechte Quartiersentwicklung.NRW des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen beschriebenen Handlungsfelder „Sich versorgen“, „Gemeinschaft erleben“, „Wohnen“ und „Sich einbringen“ wollen wir in Hinblick auf die kulturellen, sozialen und basalen Bedürfnisse bzw. Glücksindikatoren für die Mülheimer*innen konzeptualisieren:

Das Recht auf selbstgestaltetes Leben

Unsere Ziele sind

- die Gewährleistung der Versorgungssicherheit u.a., indem wir das Ausbluten der Innenstadt stoppen,
- gute ÖPNV Anbindungen in alle Bezirke,

- Ermöglichung eines biologisch und ökologisch bewussten Lebens auch im Alter und bei Unterstützungs- und Pflegebedürftigkeit, indem wir Bauernhöfe einbinden und alternative Konzepte entwickeln, die die Menschen und Waren (bspw. Lebensmittel) zu einander bringen,
- der Ausbau einer autarken Stromversorgung von Quartieren,
- die Anbindung an die Kulturmetropole Mülheim an der Ruhr,
- die Förderung des Dialogs zwischen Jung und Alt,
- die Sensibilisierung für und Information über innovative Lebens- und Wohnkonzepte,
- die Bereitstellung von Weiterbildungs- und Fortbildungsangebote für Menschen über 55.
- die Verringerung negativer Folgen des demographischen Wandels (wie z.B. das massive Rentenrefinanzierungsproblem) durch GRÜNE FRAUEN- und FAMILIENPOLITIK: Weniger Frauen sollen von Altersarmut betroffen sein, weil mehr Frauen Familie und Beruf vereinbaren können.

Quartiersentwicklung verstehen wir als ganzheitliches Konzept im Rahmen einer menschengerechten Stadtentwicklung

Wir setzen uns in unserer Stadt für eine Politik für ältere Menschen ein, die vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und einer neuen Generation von Alten ihre Politik als Generationen-Politik versteht. Wir wollen, dass das Wissen und die Erfahrungen der Alten aktiv eingebracht werden und in Solidarität mit den Jungen den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft in unserer Stadt gerecht wird. Wir wollen, dass jede*r selbst seine/ihre persönlichen und politischen Anliegen aktiv und verantwortungsbewusst vertritt. Jede Generation - Kinder, Jugendliche bis Alte - sollen die Möglichkeit bekommen, die Gestaltung ihrer Umwelt mitzubestimmen.

Wir wenden uns gegen jede Form der Altersdiskriminierung und streiten für eine Teilhabe in allen Lebensbereichen, für die Wertschätzung der Erfahrung langer Arbeitsjahre und die erworbene Handlungs- und soziale Kompetenz. Im Arbeitsleben und darüber hinaus setzen wir uns für lebenslanges Lernen ein.

Wir wollen in den Stadtteilen und Wohnquartieren das Zusammenleben der Generationen unabhängig von ihrer Herkunft fördern. Deshalb sind wir für die Stärkung und Schaffung einer Infrastruktur, die das Zusammenleben verschiedener Generationen im Wohnquartier und Stadtteil fördert. Wir wollen die Stadtquartiere attraktiver machen und setzen uns für verkehrsberuhigte,

Gegenseitige Unterstützung statt Diskriminierung von Altersgruppen

Generationenübergreifendes Zusammenleben und ausgebaute Versorgung

Versorgung gewährleisten für Menschen mit Migra- tions-hintergrund

unfallvermeidende, bewegungsfördernde Quartiere für Jung und Alt ein, und zwar ohne Barrieren, mit Erholungsräumen, wohnungsnahen Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten wie ärztliche Versorgung, Apotheken, soziale Kontakte sowie einer guten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.

Die Bevölkerungsstruktur aus Menschen mit und ohne Migrationshintergrund - aus derzeit 94 Nationalitäten in Mülheim - stellt die Stadt- und Sozialplanung vor große Aufgaben, denn die Infrastruktur und Versorgungsformen müssen neu ausgerichtet werden. Für Menschen ausländischer Herkunft jeder Generation müssen zukünftig vermehrt Wohn- und Hilfeangebote geschaffen werden, die ihre spezifischen Belange und Bedürfnisse berücksichtigen. Wir setzen uns für eine Altenpolitik ein, die sich auf ältere Migrant*innen mit verschiedener ethnischer, religiöser und kultureller Herkunft und unterschiedlichen Lebenslagen einstellt und auf eine gezielte Kooperation mit Migrant*innenorganisationen, Anlauf- und Beratungsstellen für Migrant*innen sowie Selbsthilfeorganisationen baut.

Alternative Pflegekonzepte

Wir wollen die Ansiedlung weiterer Pflegegroßeinrichtungen verhindern und ein breites Angebot an Wohn- und Pflegeangeboten fördern, das den Wünschen nach Individualität, Vertrautheit und Überschaubarkeit Rechnung trägt. Bei Hilfs-

und Pflegebedürftigkeit setzen wir uns für ein Höchstmaß an Eigenständigkeit und Würde ein. Die Menschen sollen so lange wie möglich in der eigenen Wohnung, in nachbarschaftlichen, generationsübergreifenden oder gemeinschaftlich organisierten Wohnformen oder Pflegewohn- gemeinschaften leben können. Zusätzliche Wohn- und Hilfsangebote sollen auch verstärkt im all- gemeinen Wohnungsbau vorgehalten werden. Dafür bieten sich beispielsweise Kooperationen von Wohnungsunternehmen, sozialen Trägern und Betroffeneninitiativen an. Städtische Sozial-, Bauland- und Wohnungspolitik müssen bei der Schaffung von Wohn- und Pflegeangeboten Hand in Hand arbeiten. Demenziell erkrankte Menschen brauchen verstärkt andere Formen der Betreuung wie Wohngemeinschaften. Wir als Gesellschaft müssen lernen, sie als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft zu verstehen. Für eine gute Pflege und mehr Zeit für die zu Pflegenden fordern wir mehr Pflegepersonal und besonders dessen bessere Bezahlung. Für eine bessere Gesundheit ist uns mehr eigenverantwortliche Prä- vention in der Lebensführung zur Vorbeugung von Alterskrankheiten wichtig.

Für Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebe- darf sowie ältere Menschen, die in ihrer eigenen Wohnung leben, setzen wir uns für bezahlbare, passgenaue Dienst- und Unterstützungsleistun- gen ein.

Individuelle Pflege

Bezahlbare Pflege nicht zu Lasten der Angehörigen

Den Bedürfnissen pflegender Angehöriger muss mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Für alte Menschen mit geringem Einkommen fordern wir, dass ihnen der Zugang zu Bildung und Kultur gewährleistet wird.

Immer mehr Menschen wollen die Zeit nach ihrem Erwerbsleben sinnvoll ausfüllen und verstehen darunter sich gesellschaftlich zu engagieren, um ihre Erfahrungen und Zeit an die Gesellschaft weiterzugeben. Diese Tendenzen wollen wir unterstützen.

6. ZUKUNFTSFÄHIGE MOBILITÄT

Von der
autogerechten Stadt
zu einer
menschengerechten
Stadt

Der Bestand an Pkw ist in den letzten Jahren trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen angestiegen. Die Pkw-Dichte ist von ca. 480 Pkw/1.000 Einwohner in den 90er Jahren auf 540 Pkw/1.000 Einwohner in 2006 gestiegen. Somit ist der Verkehr weiterhin durch den Individualverkehr mit dem Auto dominiert. Ein attraktives ÖPNV Konzept kann dieser Entwicklung entgegenwirken und dazu beitragen, das Leben in der Stadt gesünder und natürlicher zu gestalten. Dafür setzen wir uns weiterhin ein.

Die Mobilität der Mülheimer Bürger*innen hat an den -Emissionen im Stadtgebiet einen Anteil von 32 % (siehe dazu „Handlungsansätze und Leitgedanken zu Klimaschutz und Klimaanpassung“ der Klimazone Mülheim an der Ruhr).

Der Anteil älterer Menschen an der Bürgerschaft wächst stetig und macht ein auf deren Bedürfnisse abgestimmtes öffentliches Nahverkehrssystem erforderlich.

Durch ein gut durchdachtes, angepasstes und anpassungsfähiges öffentliches Nahverkehrssystem können sowohl klimapolitische Ziele wie die Senkung der -Emissionen als auch gesellschaftspolitische Ziele erreicht werden.

Ein von Bündnis 90 / Die Grünen unterstützter Leitgedanke der Klimazone ist die Förderung der Nahmobilität. Bei dem im Rat zuletzt diskutierten Nahverkehrsplan stehen die Kosten im Vordergrund. Obwohl das Klimaschutzkonzept im Rat mehrheitlich beschlossen worden ist, wurde es bei der Beschlussfassung nicht berücksichtigt.

Wir wollen unseren Beitrag für eine zukunftsfähige Mobilität in Mülheim an der Ruhr leisten. Dazu gehört neben der Verkehrsvermeidung und -beruhigung eine konsequente Förderung des Umweltverbundes.

FUSSGÄNGER*INNEN

Fußgänger*innen Platz schaffen

Wir setzen uns für barrierefreie Wege für Menschen mit Kinderwagen, Rollator und Rollstuhl ein. Fußwegeverbindungen an Baustellen müssen frei gehalten werden. An großen Kreuzungen muss es längere Grünphasen an den Ampeln geben. Wir wollen Leitmarkierungen und akustische Ampeln für Menschen mit eingeschränkter Sehfähigkeit.

RADVERKEHR

Bessere Infrastruktur für Radfahrer*innen

Die Radverkehrspolitik muss sich nicht nur an den Interessen der Freizeitradler*innen orientieren, sondern auch an Beruflichen und Geschäftlichen. Alte Bordsteinradwege und Freizeitwege sind zum Teil in schlechtem Zustand und müssen erneuert bzw. durch Markierungen auf den Straßen ersetzt werden. Die Nebenrouten und kommunalen Freizeitrouten müssen ausgeschildert werden. Wir unterstützen den geplanten Radschnellweg Ruhr auf der Rheinischen Bahn als überregionale Verbindung Essen – Mülheim – Duisburg. Wir wollen den Radtourismus (z.B. Ruhrtalradweg) weiter fördern und das Netz der Verleihstationen des Metropolrades Ruhr weiter ausbauen. Wir fordern verbesserte Ampelschaltungen und dass der Radverkehr an Baustellen sicher und barrierefrei vorbei geführt wird. Wir wollen das Angebot an Leihrädern (Metropolrad

Ruhr) und sicheren, überdachten Fahrradabstellanlagen ausbauen.

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)

Den ÖPNV wollen wir sichern und weiter ausbauen. Dazu gehören werktags tagsüber 10-Minuten-Takte im Schienenverkehr und ein dichtes Busnetz sowie der barrierefreie Ausbau von Haltestellen. Wir unterstützen die Verlängerung der Linie 112 vom Kaiserplatz zum Hauptfriedhof, sowie den Bau einer neuen Strecke vom Heuweg über Saarner Straße und Straßburger Allee auf die Saarner Kuppe. Wir setzen uns für eine Beschleunigung der Straßenbahnlinien 104 und 901 sowie der Busse auf den Hauptstrecken (Vorrangschaltung) ein. Wir wollen eine bessere Verknüpfung der Stadtteile untereinander ohne Umweg über die Innenstadt. Wir unterstützen die Anliegen aus der Bürgerschaft (z.B. Broich, Mintard) nach besseren Direktverbindungen in die Innenstadt. Den Busbahnhof am Hauptbahnhof wollen wir wieder oberirdisch errichten. Für das Nachtnetz fordern wir bessere Anschlüsse zum SPNV am Hauptbahnhof sowie Bedienungslücken wie in der Verbindung Alstaden - Bahnhof Styrum über Friesenstraße zu schließen. Wir fördern alternative Bedienungsformen in Stadtquartieren

**Dichter ÖPNV für
grenzenlose Mobilität**

und z.B. der Altstadt (Bürgerbus, Sammeltaxen, Quartiersbus...) und fordern die Auflösung der Sternfahrten mit Fahrten alle 15 Min. in die Stadtteile (unterschiedliche Linien) verbunden mit einer Anschlussgarantie. Wir setzen uns weiter für die Sanierung der U-Bahn-Bahnhöfe sowie die Nachrüstung mit Aufzügen ein sowie eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Dynamische Fahrgastanzeiger. Den Freizeitverkehr wollen wir durch Taktverdichtungen stärken (z.B. Ruhrtal, Naturbad, Theater an der Ruhr). Neue Busse müssen einen umweltfreundlichen Antrieb, z.B. Erdgas, erhalten und barrierefrei sein. Bis alle Fahrzeuge barrierefrei sind, wollen wir eine Kennzeichnung der Fahrzeuge mit niederflurigem Einstieg im Fahrplan (feste Fahrzeiten).

SCHIENENVERKEHR

Wir unterstützen die Planung für den Rhein-Ruhr-Express. Dies darf jedoch nicht zu Angebotskürzungen an anderer Stelle führen. Für den Hauptbahnhof fordern wir eine Toilettenanlage und den Einbau von Türen am nördlichen Tunneleingang. Die Hafenbahn auf der Rheinischen Bahnstrecke (Broich – Stadtgrenze Duisburg) muss unabhängig vom Bau eines Radschnellweges erhalten werden. Wir unterstützen die Ausweitung des Umschlages Wasser/Straße – Schiene.

TEMPO 30 UND VERKEHRSBERUHIGUNG, STRASSENBAU, PARKEN

Wir fordern weiterhin flächendeckend Tempo 30 in Wohngebieten und unterstützen die EU-Initiative zu Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit. Damit diese eingehalten wird, unterstützen wir Maßnahmen zur Akzeptanzerhöhung z.B. vor Kindergärten und Schulen und intensivere Geschwindigkeitskontrollen. Wir wollen Lärminderungsmaßnahmen durch Entfernung von Kopfsteinpflaster (Hauptstraßen) und unterstützen Projekte wie Shared Space in der Altstadt und in den Stadtteilzentren wie z.B. am Sültenfuß (Styrum). Das Angebot an Parkplätzen im Innenstadtbereich ist mehr als ausreichend. Die Parkgebühren müssen sich an den Tarifen des ÖPNV orientieren.

**Weniger Gefahren
durch langsames Fahren**

7. BILDUNGSPOLITIK ALS FUNDAMENT FÜR CHANCENGLEICHHEIT

Wir wollen weiter gute Bildung und gleiche Chancen für alle Kinder schaffen. Wir GRÜNEN haben die jahrzehntelange Zerrerei um die richtige Schulstruktur im Land NRW beendet. Der Schulkonsens trägt eine GRÜNE Handschrift: er fördert

Für ein längeres gemeinsames Lernen und eine starke kommunale Schulentwicklung

das längere gemeinsame Lernen und stärkt die kommunale Schulentwicklung. Wir haben zudem die unsozialen Studiengebühren abgeschafft und viel Geld in den Ausbau und die Qualität der KiTas investiert. Mülheim braucht eine starke GRÜNE Bildungspolitik, damit das längere gemeinsame Lernen und der Ganzttag weiter ausgebaut werden kann. Damit wollen wir den Aufstieg durch Bildung möglich machen, unabhängig von der sozialen Herkunft oder von Migrationsgeschichte. Außerdem brauchen wir eine Bildungspolitik, die klug, vorausschauend und dialogorientiert das Menschenrecht auf Inklusion für Kinder mit und ohne Handicap umsetzt.

Bildungspolitik ist das Fundament für Chancengleichheit. Die Chancengleichheit ist gesetzlich verankert. Wir Mülheimer Grünen nehmen § 1 des nordrhein-westfälischen Schulgesetzes ernst und setzen uns für eine Bildungspolitik ein, die das Fundament für Chancengleichheit legt:

Recht auf Bildung, Erziehung und individuelle Förderung

(1) Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und Herkunft und sein Geschlecht ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle

Förderung. Dieses Recht wird nach Maßgabe dieses Gesetzes gewährleistet.

(2) Die Fähigkeiten und Neigungen des jungen Menschen sowie der Wille der Eltern bestimmen seinen Bildungsweg. Der Zugang zur schulischen Bildung steht jeder Schülerin und jedem Schüler nach Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit offen. (§1 SchulG NRW)

Die Umsetzung dieser Vorschrift auf kommunaler Ebene bedeutet für uns, dass wir die Rahmenbedingungen für individuelle Förderung schaffen. Das Ziel ist, dass alle Kinder ohne Einschränkung der Art oder des Grades einer Behinderung, eines Förderschwerpunkts, ohne Beeinflussung durch die soziale Herkunft etc. die Chance haben, zu ihrem bestmöglichen Bildungsziel geführt zu werden. Wir wollen, dass die Schulen mit den nötigen personellen, sachlichen und räumlichen Ressourcen ausgestattet werden, damit sie sich rechtzeitig auf besondere Bedürfnisse jedes Lernenden einstellen können.

Die Übergangsquoten zu den unterschiedlichen Schulformen der Sekundarstufe I – Haupt-, Realschule, Gymnasium, Gesamtschulen – weisen immer noch eine hohe Korrelation mit Bildungs-

Individuelle Förderung, die das Beste aus Schüler*innen hervorbringt

Für ein durchlässiges System, das nicht nach sozialer Herkunft filtert

abschlüssen der Eltern auf, ebenso die Bildungsbeteiligung in der gymnasialen Oberstufe und der Hochschule. Durch die Unterstützung von Schulen im Bereich der individuellen Förderung wollen wir die Durchlässigkeit der Mülheimer Bildungsgänge gewährleisten. Die Sekundarschule als neue Schulform der Sekundarstufe I wurde neben den anderen bereits bestehenden Schulformen der Sekundarstufe I und II (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) im Schulgesetz verankert. Die Sekundarschule trägt dazu bei, langfristig ein attraktives, gerechtes, leistungsfähiges, umfassendes und wohnortnahes Schulangebot zu gewährleisten.

Unsere Aufgabe wird darin bestehen, Gerechtigkeit in der Mülheimer Bildungslandschaft neu zu bestimmen. Die Achtung der Differenz ist ein grundlegender Aspekt. Chancengleichheit wollen wir durch neues Lernen herstellen.

BILDUNG = FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Bildung beginnt bereits viel früher als in der Schule. Wir wollen bessere KiTas mit mehr Personal und kleineren Gruppen sowie ein bedarfsgerechtes Angebot an KiTa-Plätzen auch für Kinder unter drei Jahren ohne lange Wartezeiten. Ein wichtiges Ziel im Rahmen des KiTa-Diversity-Managements ist für uns auch die gezielte Unterstützung von Sprachfördermaßnahmen im KiTa-Bereich.

Wir unterstützen die Errichtung von Kindertageseinrichtung durch unterschiedliche Träger. Ebenso begrüßen wir die weitere Umsetzung des **Early-Excellence-Prinzips** in den städtischen Kitas. Wir wollen hierzu eine regelmäßige Überprüfung und Weiterentwicklung mit allen Beteiligten sicherstellen.

Individualförderung bei den Kleinsten durch Early Excellence

FUNDAMENT = HAUS

Vor dem Hintergrund maroder Bildungsgebäude, wie z.B. der Gesamtschule Saarn fordern wir, einen Schulbau und Sanierungen, die sich nach pädagogischen Erfordernissen richten und energetisch effizient sind. Die Schulen sollen barrierefrei werden, indem sie entweder mit Rampen oder mit Aufzügen ausgestattet werden. Die Mülheimer Schulen sollen im Vergleich mit anderen Städten auch von ihrer räumlichen Ausstattung gut abschneiden und zu Vorzeigeprojekten der Stadt Mülheim werden. Exemplarisch hierfür sehen wir die Sanierung des Karl-Ziegler Gymnasiums an. Wir fordern Alternativen zur Unterbringung von Schülerinnen und Schülern in Containern. Bildung darf die Stadt etwas kosten!

Angenehme Lernumgebung für angenehmes Lernen

BILDUNG = LEBENSLANGES LERNEN

Bildung bedeutet lebenslanges Lernen. Ein zentrales Anliegen ist für uns der gebundene Ganztags (8-16 Uhr für alle), bei dem alle Kinder ab 7 Uhr

Ganztags für eine pädagogische Entwicklung

kommen können. Wir setzen uns dafür ein, dass die Erzieherinnen und Erzieher im OGS-Bereich ein höheres Budget an Fort- und Weiterbildungen erhalten und unterstützen deren Forderung nach Tarifierhöhung. Nur so kann ein qualitativ hochwertiger offener Ganzttag gestaltet werden, bei dem nicht die Hausaufgabenbetreuung im Mittelpunkt steht, sondern Lernzeiten. Wir wollen gerade hier das Lernen mit allen Sinnen ermöglichen. Wir fordern für jeden Schulabschluss einen Ausbildungsplatz.

CHANCENGLEICHHEIT = INKLUSION

Damit Inklusion in einer solidarischen Gesellschaft gelingen kann, muss ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden. Darunter fällt barrierefreies Bauen einerseits und andererseits, Räume der Begegnung zu schaffen, um zwischenmenschliche Barrieren abzubauen.

Im Rahmen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention¹ auf kommunaler Ebene wollen wir die Ansprüche auf Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, auf gemeinsamen Schulbesuch (Gemeinsames Lernen in der inklusiven Schule), auf gleichberechtigten Zugang zum einem offenen Arbeitsmarkt realisieren. Hinter dem sperrigen Begriff Inklusion verbirgt sich die Chance, dass alle Menschen mit oder ohne Behinderung am gemeinsam am gesellschaftlichen Leben in Mülheim teilhaben.

**Gemeinsame
Bildung – mit oder
ohne Behinderung**

Die Mülheimer Schulen sollen mit allen Mitteln ausgestattet werden, die sie zu einem optimalen Lebensraum für die Schüler*innen werden lassen:

Wir wollen die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams an Mülheimer Schulen stärken. Dazu gehören Fort- und Weiterbildungen für Lehrer*innen, der Einsatz von Schulsozialarbeiter*innen, von Schulpsycholog*innen, von unterstützenden Sozialpädagog*innen sowie von Inklusionshelfer*innen. Mit den uns auf kommunaler Ebene zur Verfügung stehenden Mitteln setzen wir uns für ein flächendeckendes Team-Teaching beim gemeinsamen (inklusiven) Lernen ein. Das Team soll aus einer Regelschullehrperson und einer Förderschullehrer*in bestehen.

Die Mülheimer Schulen sollen noch mehr zu einem kulturellen Mittelpunkt und zum Lern- und Kompetenzzentrum der Region werden. Wir brauchen eine vielfältige Schullandschaft. Wir setzen uns für die Sekundarschule in Mülheim ein und unterstützen ergebnisoffene Gespräche mit geeigneten Standorten.

Wir motivieren die Kooperation zwischen Mülheimer Förder- und Regelschulen, das Inklusionspotenzial zu nutzen und Schwerpunktzentren, wie sie in der 9. Schulgesetzänderung formuliert sind, zu bilden. Wir unterstützen auch Modellversuche der umgekehrten Inklusion und schlagen hierfür z.B. die Rembergschule vor.

Gemeinsam gegen einseitiges Lernen

Vielfältig statt einfältig

1 Artikel 24 Bildung (UN BRK)

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung an. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen mit dem Ziel, a) die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken; b) Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen; c) Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen.

(2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass a) Menschen mit Behinderung nicht aufgrund von Behinderungen vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden; b) Menschen mit Behinderung gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben; c) angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des einzelnen getroffen werden; d) Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern; e) in Übereinstimmung mit dem Ziel der vollständigen Integration wirksamen individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, angeboten werden.

8. NACHHALTIGE UND TRANSPARENTE WIRTSCHAFT & SOLIDE FINANZEN

Als Folge der kommunalen Finanznot wird auch in Mülheim in regelmäßigen Abständen – verstärkt durch die Privatisierungsideologen der Landesregierung („Privat vor Staat“) - der Ruf nach Privatisierung kommunaler Infrastruktur laut. Wir wollen aber, dass Mülheim auch in Zukunft die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe in eigener Regie behält!

Wir wollen den Stadthaushalt konsolidieren. Trotz Wirtschafts- und Finanzkrise, trotz immer höher Pflichtleistungen, die der Kommune durch Bundesgesetze auferlegt werden, sehen wir die Chance für einen konsolidierten Stadthaushalt. Wir GRÜNEN in Mülheim haben in den vergangenen Jahren immer konstruktive Vorschläge für einen verantwortbaren und nachhaltigen Stadthaushalt gemacht. Wir werden weiterhin die Aufgaben und die Ausgaben der Stadt Mülheim kritisch überprüfen. Aber uns ist auch klar: ohne Landes- und Bundeshilfe wird die Stadt Mülheim sich nicht aus der dramatischen finanziellen Lage befreien können.

**Realistische Vorschläge
für einen nachhaltigen
Haushalt**

**Gegen die Aushung-
rung durch Bund und
Land**

Die Politik der Bundes- und Landesregierung der letzten Jahre, Kosten auf die kommunale Ebene zu verlagern, um die jeweils eigene Haushaltsbilanz zu verbessern, lehnen wir ab. Nicht nur Mülheim wurde in den letzten Jahren finanziell ausgehungert, um dann am Ende durch einen Sparkommissar des Landes heimgesucht zu werden, der die Aufgabe hat, erst recht da einzusparen, wo nichts mehr ist. Diese Politik ist verlogen – wir treten seit Jahren für eine längst überfällige Finanzreform ein, die den Kommunen die Handlungsfähigkeit dauerhaft sichert.

Wir Grünen stehen für eine Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze, um bürgernahe, soziale und ökologische Energiedienstleistungen vor Ort zu ermöglichen.

Der Zugang aller Mülheimer Bürger*innen zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen muss – gerade in Hinblick auf die zunehmende Armut – auch in unserer Stadt gewährleistet sein.

**Versorgung
verstaatlichen
– Lebensmöglichkeiten
garantieren**

Wir streben an, dass die kommunal ausgerichteten Unternehmen RWW und MEDL, an denen die Stadt Mülheim jeweils unterschiedliche Beteiligungen hält, zu 100% in kommunaler Hand überführt wird. Hierbei sollten die Anteile am RWE – Konzern im Tausch eingesetzt werden.

Weitere öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) lehnen wir aufgrund der langfristigen Belastun-

gen für Mülheim ab; sie sind keine Lösung. Wir wollen eine Haushaltspolitik, die unserer Stadt wieder Handlungsspielräume eröffnet. Haushaltssicherung und Schuldenabbau dürfen nicht in Widerspruch zur Erfüllung aktueller Aufgaben wie dem Klimaschutz, der Bildung oder der sozialen Stabilität gestellt werden. Bei zukünftigen Investitionen heißt es, Folgekosten zu berücksichtigen und finanziell sparsame Investitionen – z.B. durch Kooperationen im Verbund mit anderen Städten – anzugehen. Wir wollen den Bürger*innen mehr Mitsprache bei der Aufstellung des Haushaltes der Stadt geben, auch um Sparzwänge deutlicher zu machen. Denn erst wenn die Bürger verstehen können, wo das Geld bleibt und warum wenig da ist, werden Kürzungen akzeptabel für den Bürger und die Bürgerin.

Damit die Stadt in Zukunft überhaupt noch ihre Aufgaben erfüllen kann, muss dringend eine verlässliche finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden landes- und bundesweit wieder hergestellt werden! Ein Entkommen aus der Verschuldungsfalle ist für Mülheim aus eigener Kraft nicht mehr möglich. Das muss endlich sehr deutlich gesagt werden! Selbst wenn Mülheim alle freiwilligen Leistungen streicht, alle Schwimmbäder, Stadtbüchereien und Begegnungsstätten schließt, wird ein ausgeglichener Haushalt nicht erreicht. Wir wollen, dass die Lebensqualität in Mülheim erhalten bleibt!

**Finanzielle
Handlungsspiel-
räume erhalten -
Bürger*innen
informieren**

**Kommunale
Entlastung nicht ohne
Bund und Land**

NACHHALTIGE ÖKOLOGISCHE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Sozial und ökologisch wirtschaften

Mülheim ist ein starker Industrie- und Wirtschaftsstandort und soll es auch bleiben. Die Ansiedlung nachhaltig handelnder Unternehmen soll aktiv gefördert werden und die lokale und regionale Wertschöpfung und unterstützen. Die kommunal beeinflussbaren Rahmenbedingungen wollen wir dabei auch weiterhin ökonomisch vernünftig, aber besonders sozial und ökologisch sinnvoll gestalten. Wir wollen eine Wirtschaftsförderung, die vor allem mittelständische Unternehmen und Existenzgründungen unterstützt. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zum städtischen Leben und sind unverzichtbar. Wir wollen, dass Unternehmen, die Vielfalt und Inklusion, Ausbildung, Mitbestimmung, Umweltschutz, faire Löhne und andere Gemeinwohlindikatoren nachweislich unterstützen, soweit wie rechtlich möglich, vorrangig behandelt werden. Solange es keinen flächendeckenden Mindestlohn gibt, muss auch das Lohnniveau städtischer Zulieferer und Dienstleister mindestens so hoch sein, dass die Angestellten ihr Einkommen nicht durch Sozialleistungen aufstocken lassen müssen.

9. MÜLHEIM AN DER RUHR - KULTURMETROPOLE

Grüne Kulturpolitik ist nachhaltig und folgt dem Grundsatz: **Kultur gestalten, nicht verwalten!** Dabei liegt unser Schwerpunkt in einer kontinuierlichen Kulturarbeit vor Ort, besonders in den Stadtteilen und Quartieren. Kunst und Kultur sind tragende Elemente einer vielfältigen Gesellschaft und ein zentraler Teil unseres Lebens. Wir Grüne sehen in der Kunst- und Kulturszene ein hohes Potenzial zur Verbesserung unserer städtischen Lebensqualität.

Kultur muss ganzheitlich betrachtet werden und auch mit auf den ersten Blick unverwandten Bereichen wie Klimaschutz und Stadtentwicklung zusammen gedacht werden. Kunst kann einen Perspektivenwechsel herbeiführen, der zu einem nachhaltigen Lebensziel führen kann. Auch deshalb möchten wir Projekte fördern, die zu globalem Denken und lokalem Handeln anregen.

Wir wollen den Einfluss der Künstler*innen auf planerische Prozesse erhöhen. Ein Beispiel dafür sind die grauen Kübel in der grauen Innenstadt. Unser Ziel ist eine Wiederbelebung der Innenstadt durch das Nutzen des Mülheimer Kreativpotenzials.

**Kreatives
Potenzial für eine
lebenswertere Stadt**

Mülheimer Künstler*innen gestalten mit

Wir Grüne stehen für eine verantwortungsvolle Partnerschaft zwischen Politik und Kultur ein, was für uns u.a. heißt, für die nötige Planungssicherheit der kulturellen Institutionen in Mülheim engagiert zu streiten, damit sie die Chance zur nachhaltigen Entwicklung haben. Dazu gehört für uns die Diskussion über die Anpassung von Zuschüssen an steigende Kosten, die die Leistungsfähigkeit mancher Einrichtungen bedrohen. Uns ist klar, dass es in Zeiten knapper Kassen notwendig ist, Schwerpunkte in der Kulturarbeit zu setzen. Wo diese in Mülheim liegen sollen, wollen wir in einem partizipativen Prozess dialogisch mit den Bürger*innen, den Kunst- und Kulturschaffenden sowie allen Verantwortlichen und sich verantwortlich Fühlenden gemeinsam vereinbaren.

Kulturelle Vielfalt von Künstler*innen und Institutionen

In Mülheim sind viele Kunst- und Kulturschaffende zu Hause: Musiker*innen, Sänger*innen, bildende Künstler*innen, Filmschaffende, Schauspieler*innen, Tänzer*innen, Autor*innen, Menschen, die Kunst und Kultur organisieren, Menschen, die Kultureinrichtungen leiten, in ihnen arbeiten, und solche, die sie besuchen. In Mülheim leben viele Bürger*innen, die mit Verve für den Erhalt der kulturellen Vielfalt in unserer Stadt das Wort ergreifen.

Sie alle sind schon Grund und Motivation genug, sich auch politisch für Mülheim als lebendige Kulturmetropole an der Ruhr einzusetzen. Wir Grüne

wollen, dass Mülheim für Sie alle künstlerische und kulturelle Heimat bleibt – oder wird.

In unserer Stadt sind zahlreiche, weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannte Kulturinstitutionen beheimatet. Insbesondere im Bereich des Theaters hat sich Mülheim einen internationalen Ruf als Theaterstadt errungen. Der Ringlokschuppen ist etabliert und unser Theater an der Ruhr ist als Markenzeichen in Deutschland ein zukunftsfester Bestandteil unserer Kulturmetropole.

Wir sprechen uns ausdrücklich für eine freie Kulturszene aus und befürworten das gemeinnützig ausgerichtete Betreiberkonzept der Freilichtbühne.

Und auch dem Museum Alte Post z. B. ist es immer wieder gelungen trotz knapper Mittel mit bemerkenswerten Ausstellungen als Publikumsmagnet in Erscheinung zu treten oder dem Stadtarchiv mit interessanten Vorträgen identitätsstiftend für die Bürger*innen Mülheims zu wirken. Beide leisten auch mit ihren ganz eigenen Mitteln einen wichtigen Beitrag zu der unserer Meinung nach so wichtigen Erinnerungskultur, die zu unserem Kulturverständnis dazugehört.

Die Vielfalt und die Qualität des Kunst- und Kulturangebotes in Mülheim und über seine Grenzen hinaus noch sichtbarer werden zu lassen, ist uns Grünen ein wichtiges Anliegen. Deshalb werden wir nicht darin nachlassen, auch weiterhin ein

Freie und unkonventionelle Kulturszene

**Entfaltung
ermöglichen
– Kunst fördern**

entsprechendes, umfassendes städtisches Konzept einzufordern. Vorschläge dazu haben wir im Kulturausschuss bereits mehrheitsfähig vorgelegt.

Eine wichtige Voraussetzung für ein nachhaltig vielfältiges und qualitätsvolles Kunst- und Kulturangebot ist, dass in unserer Stadt Rahmenbedingungen existieren, die seine weitere Entfaltung ermöglichen. In den vergangenen Jahren haben wir erfolgreich massive Kürzungen des Kulturetats verhindern können. Trotzdem hat der Kulturetat immer wieder - gemessen an seinem prozentualen Anteil - am städtischen Gesamthaushalt überproportional zur Haushaltssicherung beigetragen.

Wir Grünen setzen uns für den Erhalt des kulturpolitischen Etats in Mülheim ein. Perspektivisch streben wir seine Steigerung an.

Mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln wollen wir uns darüber hinaus auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass die kommunalen Haushalte gestärkt werden und damit die Grundlage für den Erhalt auch der kulturellen Infrastruktur gelegt wird. Der Verfassungsauftrag des Landes NRW „Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern“ (Art. 18, Satz 1) verpflichtet Land und Kommunen, die Kulturförderung haushälterisch dauerhaft sicherzustellen.

Kunst und Kultur regen zum Nachdenken an und standen bzw. stehen seit jeher neben dem Genuss für Gesellschaftskritik und Selbstreflexion. Auch deshalb ist es uns Grünen ein besonderes Anliegen, Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ebnen. Wir setzen uns für eine stärkere Vernetzung von Kultur- und Bildungspolitik in unserer Stadt ein. Einen bedeutenden Beitrag zur Vermittlung von Kunst und Bildung ist hierbei die VHS die wir als unabhängige und eigenständige Einrichtung in Mülheim erhalten wollen.

Kunst und Kultur als Mittel der Selbstdarstellung

Anknüpfend an den Mülheimer Kulturdialog wollen wir alle Interessierten und Verantwortlichen begleitend zu den Beratungen im Kulturausschuss des Stadtrates zu einem Runden Tisch „Mülheim - Kulturmetropole an der Ruhr“ einladen. Ziele des Runden Tisches können nach unseren Vorstellungen verschiedene Punkte sein.

Dazu gehört für uns, die Schwerpunkte der Kulturarbeit in Mülheim gemeinsam zu identifizieren und zu diskutieren.

Mitspracherecht und Beteiligung

Ferner gehört dazu, den Kunst- und Kulturschaffenden in unserer Stadt eine Mitsprachemöglichkeit bei der Verteilung von Geldern zu bieten. Wir wollen den Auswirkungen entgegenwirken, die teilweise durch die in der Öffentlichkeit und Politik bestehende Wahrnehmung: „Wie schön, dass Sie Ihr Hobby zum Beruf gemacht haben!“

Künstler*innen eine Bühne bieten

verursacht wird. Getreu dem Satz von Karl Valentin: „Kunst kommt von Können, nicht von Wollen, sonst müsste es ja Wunst heißen.“, wollen wir den Dialog mit den Mülheimer Kunst- und Kulturschaffenden als beste Expert*innen führen. Sie können selbst gut einschätzen, welche Projekte für die Stadt wichtig sind und sollten unseres Erachtens neben einer beratenden Funktion auch ein Mitspracherecht bei etatwirksamen Entscheidungen erhalten.

Wichtig ist, eine beteiligungsorientierte Plattform zu bieten, von der aus auf aktuelle kulturpolitische Belange, wie z.B. die defizitäre Atelier- und Ausstellungssituation bildender Künstler*innen oder die Probenraumsituation von Musiker*innen in Mülheim, aufmerksam gemacht werden kann.

Unserer Stadt soll ein kreatives Profil gegeben werden, das für ein MEHR an Kunst und Kultur sorgt.

Dazu gehört für uns u. a. eine (noch) bessere Vernetzung der Mülheimer Kreativszene mit der des Ruhrgebiets. Die Vernetzung aller Kultureinrichtungen, insbesondere der Museen, etwa durch einen **Museumspass** und eine Museumsroute, bringen nicht nur die Einrichtungen zur Zusammenarbeit, sondern auch die Menschen näher zusammen und schärft das kulturelle Profil von Region und Stadt.

Die endgültige Festlegung der Zielsetzung und Themenstellungen des Runden Tisches soll Teil des angestrebten Dialogs selbst sein.

Kunst und Kultur regen zum Nachdenken an und standen bzw. stehen seit jeher neben dem Genuss für Gesellschaftskritik und Selbstreflexion. Auch deshalb ist es uns Grünen ein besonderes Anliegen, Kunst und Kultur von Migrant*innen zu fördern und Kindern und Jugendlichen sowie älteren Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ebnen. Wir wollen Jugendkultur fördern, indem wir uns z. B. für Räume für Jugendliche zum Ausprobieren einsetzen, die abends auch für Parties und/oder mit Bühne von jungen Theatergruppen genutzt werden können. Hierzu bietet sich unserer Meinung nach beispielsweise das Kaufhof-Gebäude in der Stadtmitte an. Ebenso möchten wir unsere neue Hochschule mit der Kunst- und Kulturszene in Mülheim verbinden. Wir setzen uns für eine starke Vernetzung von Kultur- und Bildungspolitik ein.

Einen wichtigen Beitrag nicht nur zur Verschönerung unserer Stadt, sondern auch zur niedrigschwelligen Zugänglichkeit von Kunst bieten die Werke der Künstler*innen im öffentlichen Raum. Sie zu erhalten und zu sichern ist, nicht erst seitdem sie in letzter Zeit öfter Opfer von Raub und Vandalismus wurden, Ziel grüner Kulturpolitik. Wir werden uns weiterhin für die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel einsetzen.

Kunst im öffentlichen Raum